

eine positive Entwicklung in seinem Sinne letztlich nicht aufhalten ließ<sup>103</sup>. Diese Selbstsicherheit gab ihm Rückhalt, sie war aber auch nicht ohne Risiko, wenn man, wie Adenauer es tat, einen Selbstbehauptungswillen der Saarländer als Deutsche oft nur bedingt kalkulierte.

Mit Blick auf den 23. Oktober 1955 könnte man fast sagen, daß das „Nein“ der Saarbevölkerung zum europäischen Statut und das in ihm enthaltene „Ja“ zu einer Rückkehr nach Deutschland für ihn zu früh kam. Gewollt hat er sie gewiß. Das saarländische Bildungswesen stand nach diesem Votum, wie erinnerlich, nicht in seinem Kern, wohl aber in seinen Sonderentwicklungen aufgrund der 10jährigen saarländisch-französischen Zusammenarbeit zur Disposition. Reformen waren hier nicht zu umgehen. Bevor sie jedoch eingeleitet werden konnten, mußte man nicht nur die kulturellen Beziehungen zu Frankreich auf eine neue Grundlage stellen, sondern auch die bildungspolitischen Zwänge abklären, die eine Teilhabe und Teilnahme am allgemeinen Leben der Bundesrepublik mit sich zog. Die Hürden, die das Saarland hier zu nehmen hatte, sollen nunmehr im Rahmen einer Bilanz betrachtet werden, die zum Schluß dieser Untersuchung über die Entwicklung des saarländischen Bildungswesens von 1945 bis 1955 gezogen werden soll.

---

<sup>103</sup> Daß Adenauer auf Dauer eine Saarlösung im deutschen Interesse wollte und erwartete, daß belegen eine Reihe von Aussagen von ihm im Bundesvorstand der CDU. Am 26. 1. 1953 sagte er in einer Antwort auf Kaiser: *Die einzige Möglichkeit, Herr Kaiser, die Saar wieder in irgendeiner Form an uns heranzubringen, ist die, daß wir bis zum Friedensvertrag die Saar lösen von Frankreich. Auf keinem anderen Wege halte ich das für möglich. Wir müssen sie politisch von Frankreich lösen, und wir müssen versuchen, sie weitestgehend wirtschaftlich von Frankreich zu lösen. Das übrige müssen wir dann der Entwicklung der Dinge an der Saar überlassen.* Stenographische Niederschrift über die Sitzung des Bundesparteivorstandes der CDU am 26. 1. 1953 zu Bonn, S. 201. Am 5. 2. 1955 erklärte er: *Wenn wir also Vertrauen zur Saar haben, wenn wir wirklich glauben, daß die Saarbevölkerung Deutsche sind, dann müssen wir auch der Auffassung sein, daß die Saar, wenn in einigen Jahren Friedensvertragsverhandlungen kommen – und die werden eines Tages kommen –, auch mit Mehrheit erklärt: wir wollen zu Deutschland zurück!* Stenographische Niederschrift über die 1. Sitzung des Bundesparteivorstandes der CDU am 5. 2. 1955 zu Bonn, S. 27. Am 13. 1. 1956, also knapp 3 Monate nach dem Referendum vom 23. 10. 1955 verriet er seinen erstaunten Parteifreunden, daß er wegen der inzwischen geringen Aussichten auf einen Friedensvertrag, die er nun mal nach dem Verlauf der Genfer Konferenzen (Genfer Gipfelkonferenz vom Juli 1955 und Genfer Außenministerkonferenz vom Oktober/November 1955) realistisch kalkulieren müsse, schon am 6. 10. 1955 gegenüber dem französischen Ministerpräsidenten Edgar Faure und seinem Außenminister Antoine Pinay im Rahmen einer Zusammenkunft in Luxemburg erklärt habe, *nach drei, höchstens vier Jahren, gleichgültig ob ein Friedensvertrag geschlossen ist oder nicht, soll die endgültige Regelung durch eine Volksabstimmung kommen. – Ich habe den Herren weiter gesagt: Sie können natürlich ohne ihr Kabinett zu fragen, jetzt nicht sagen, wir sind damit einverstanden. Aber ich muß diese Forderung erheben, und ich hoffe, daß Sie einsehen, daß das notwendig ist. – Und keiner der beiden Herren hat mir widersprochen.* Stenographische Niederschrift über die Sitzung des CDU-Bundesparteivorstandes am 13. 1. 1956 zu Bonn, S. 28. Archiv des Konrad-Adenauer-Hauses, Bonn. Vgl. auch die Ausführungen Hoffmanns über den Streit um die Auslegung des Saarstatuts. Sie bestätigten das hier Gesagte aus saarländischer Sicht sehr deutlich. J. Hoffmann, Ziel, S. 394 ff.